

Antworten Rosa BUSS, Die Grünen (gelb hinterlegt)

Frage 1:

Ab 2026 sollen in Deutschland US-amerikanische landgestützte Mittelstreckenraketen „SM-6“ und Überschallraketen „Dark-Eagle“ sowie „Tomahawk“ Marschflugkörper stationiert werden. Diese Raketen könnten in wenigen Minuten russische Kommandozentralen vernichten. Damit wäre Deutschland ein vorrangiges Ziel für – schlimmstenfalls auch atomare – Angriffe von Russland.

Deutschlands und Europas Sicherheitslage würde erheblich schlechter. Eine neue gefährliche Runde des Wettrüstens wäre eingeleitet. In den 80er-Jahren wurde die geplante Stationierung noch als Nato-Doppelbeschluss mit der Option des beidseitigen Verzichts auf landgestützte Mittelstreckenraketen verknüpft. Dies wäre heute noch notwendiger, da wegen der höheren Geschwindigkeit der Raketen selbst die Gefahr eines Atomkriegs aus Versehen immens zunimmt.

Stellen Sie sich prinzipiell gegen die Stationierung dieser hochgefährlichen Waffen oder setzen Sie sich wenigstens dafür ein, diese mit Hilfe von Verhandlungen und neuen Abrüstungsverträgen zu verhindern?

Ein neues Wettrüsten macht Europa nicht sicherer. Deshalb setze ich mich für Verhandlungen und Abrüstungsverträge ein – aber Abrüstung kann nur gemeinsam gelingen. Einseitige Schritte ohne verbindliche Vereinbarungen würden Russland ermutigen, seinen aggressiven Kurs fortzusetzen. Sicherheit bedeutet, Bedrohungen ernst zu nehmen und gleichzeitig diplomatische Wege offen zu halten. Unser Ziel muss eine europäische Verteidigungspolitik sein, die Sicherheit schafft, ohne neue Eskalationen zu riskieren.

Frage 2:

Die NATO- Staaten geben pro Jahr etwa 10 mal so viel Geld für ihr Militär aus wie Russland (Nato: 1.190 Milliarden - Russland 127 Milliarden, Greenpeace-Studie von 2024). In allen nichtnuklearen Waffensystemen (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, U-Boote und Artillerie) verfügt die NATO über wenigstens dreimal so viele Waffensysteme wie Russland.

Sind Sie angesichts dieser Zahlen auch dafür, die angekündigten Erhöhungen für Rüstungsausgaben abzulehnen?

Diese Zahlen zeigen nur einen Teil der Realität. Ein Großteil der NATO-Ausgaben stammt aus den USA, deren Verlässlichkeit als Bündnispartner unter Trump infrage stand – Europa muss also selbst handlungsfähig sein. Zudem wurden viele europäische Armeen nach dem Kalten Krieg umstrukturiert und müssen nun angesichts der Bedrohung aus Russland wieder verteidigungsfähig gemacht werden. Gleichzeitig braucht es eine effizientere europäische Sicherheitsstrategie, um Doppelstrukturen abzubauen und Ausgaben gezielter einzusetzen. Ziel muss sein: Sicherheit ohne unnötige Aufrüstung, aber mit einer starken, eigenständigen europäischen Verteidigung.

Frage 3:

Der Bundeswehretat stieg in den letzten 10 Jahren von € 34 Mrd. auf € 53 Milliarden.

Stimmen Sie zu, dass es jetzt an der Zeit wäre, die Etats für Gesundheit, Bildung und Soziales in diesem Ausmaß zu erhöhen?

Ja. Investitionen in Gesundheit, Bildung und Soziales sind genauso entscheidend für unsere Sicherheit wie die Bundeswehr. Eine gerechte Finanzpolitik – inklusive einer Reform der Schuldenbremse sowie einer fairen Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften – würde ermöglichen, in diese Bereiche stärker zu investieren. Denn eine widerstandsfähige Gesellschaft braucht nicht nur eine starke Verteidigung, sondern auch soziale Sicherheit und Chancengerechtigkeit. Dafür setze ich mich ein.

Frage 4:

Die Nato-Staaten haben bei allen schweren Waffengattungen (Kampfflugzeuge, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe, U-Boote drei bis 5 mal so viele Waffen wie Russland (z.B. Kampfflugzeuge: Nato: 5406 - allein in Europa: 2073 - Russland: 1026, Greenpeace-Studie vom 11.11. 2024).

Stimmen Sie zu, dass die Angstmache, wir seien durch einen konventionellen Angriff Russlands bedroht, endlich aufgegeben werden muss? Und dass wir nicht kriegs- sondern angesichts der (r)echten Gefahr doch eher „demokratietüchtig“ werden müssen?

Sicherheit und Demokratie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Russland ist eine reale Bedrohung – nicht nur militärisch,

sondern auch durch Desinformation und die Unterstützung rechter Kräfte in Europa. Gleichzeitig ist klar: Eine starke Demokratie ist unsere beste Verteidigung. Das bedeutet, in unsere Wehrfähigkeit zu investieren, aber genauso in einen starken Sozialstaat, gesellschaftliche Teilhabe und neue Demokratieformate. Nur so können wir unsere Gesellschaft zusammenhalten und gegen autoritäre Angriffe widerstandsfähig machen.

Frage 5:

Mit dem Krieg in Afghanistan sollte unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt werden. Er fand nach 20 Jahren ein desaströses Ende, nachdem mehrere hunderttausend Menschen gestorben und Billionen Dollar verschleudert worden waren.

Und schon im Februar 2023 erklärte der Chef des US-Generalstabs, Mark Milley, bezogen auf den Ukraine-Krieg, dass dieser wohl für keine der beiden Seiten militärisch zu gewinnen sei und nur durch eine Verhandlungslösung beendet werden könne. Andernfalls droht die Gefahr, dass weitere Hunderttausende Menschen sterben, und wieder hunderte Milliarden Dollar vergeudet werden.

Bereits Ende März 2022 legte Selenskyj bei den Istanbul Verhandlungen einen 10-Punkte-Plan zur Beendigung des Ukraine-Krieges vor. Dem stimmte auch Russland weitgehend zu.

Sind Sie dafür, den Krieg in der Ukraine möglichst schnell durch Verhandlungen zu beenden, statt endlos neue Waffen zu liefern?

Ja, dieser Krieg muss enden – um menschliches Leid zu verhindern. Aber ein Diktatfrieden nach russischen Bedingungen ist keine Lösung, sondern eine Einladung zu weiteren Angriffskriegen. Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Waffen – er muss gerecht, nachhaltig und sicher sein. Deshalb braucht es beides: Waffenlieferungen, damit sich die Ukraine verteidigen kann, und diplomatische Initiativen, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Nur so kann echter Frieden entstehen.

Frage 6:

In den letzten Jahrzehnten waren alle Versuche, Menschenrechte, Demokratie und Freiheit mit militärischen Mitteln zu erkämpfen – wie z.B. in Somalia, dem Irak, in Libyen in Syrien oder in Afghanistan katastrophal erfolglos. Die

amerikanische Politologin Prof. Erica Chenoweth konnte zudem zeigen, dass jene Völker, die in den letzten 110 Jahren versuchten, Demokratie und Freiheit ohne militärische Gewalt zu erringen, viel öfter erfolgreich waren als jene, die es mit militärischer Gewalt versuchten.

Sind Sie angesichts dieser Erkenntnisse dafür, weniger auf militärische Gewalt zu setzen, sondern Strategien des zivilen Widerstands zu entwickeln und zu trainieren?

Ja, wir müssen aus den Fehlern vergangener Militärinterventionen lernen – Demokratie lässt sich nicht mit Gewalt aufzwingen. Gleichzeitig dürfen wir Menschenrechtsverletzungen nicht einfach ignorieren. Deutschland hat eine Verantwortung, sich international für Freiheit und Demokratie einzusetzen. Ziviler Widerstand kann eine starke Strategie sein, doch er ersetzt nicht den Schutz von Menschen vor Aggression, wie wir es aktuell in der Ukraine sehen. Jede Situation braucht eine kluge, verantwortungsvolle Antwort – mit Diplomatie, zivilem Widerstand und, wo nötig, auch mit Schutzmaßnahmen.

Frage 7:

Obwohl die Nato Russland in allen konventionellen Waffengattungen um ein Mehrfaches überlegen ist, wird immer wieder behauptet, dass man einen Angriff Russlands trotzdem befürchten müsse, da der russische Präsident Putin völlig unberechenbar sei und wir eben auch mit überschießenden und völlig unvernünftigen Angriffen rechnen müssen.

Nur bei Atomwaffen herrscht ein strategisches Gleichgewicht zwischen Russland und den Nato-Staaten. Putin hat nun mehrfach gedroht, im Zweifelsfall, wenn es für die Vertretung russischer Interessen nötig sei, auch atomare Waffen zum Einsatz zu bringen. Wenn man auf eine daraus erwachsende Atomkriegsgefahr hinweist, erklärt der Kanzlerkandidat der Union, dass dies eine unangemessene Angstmache sei, man könne davon ausgehen, dass Putin keine Atomwaffen einsetzen werde.

Wie haben Sie für sich diese Dissonanz aufgelöst? Sind Sie der Ansicht dass Putin doch so berechenbar ist, dass wir den Angriff mit konventionellen Waffen gar nicht befürchten müssen und es einer weitere Aufrüstung der Nato gar nicht bedarf oder sind Sie mit uns der Ansicht, dass man nicht sicher sein kann, dass Putin auf jeden Fall auf den Einsatz atomarer Waffen verzichten wird und deshalb die Erhöhung

der Atomkriegsgefahr durch die Stationierung neuer Mittelsereckenraketen auf jeden Fall vermieden werden muss?

Putins Drohungen sind ernst zu nehmen, aber sie dürfen uns nicht zu überhasteten Entscheidungen treiben. Die NATO ist Russland in konventionellen Waffen klar überlegen, und ein russischer Atomwaffeneinsatz bleibt äußerst unwahrscheinlich. Trotzdem ist es unsere Verantwortung, jedes Risiko eines Atomkriegs weiter zu minimieren. Das bedeutet: eine besonnene Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf Abschreckung setzt, ohne eine neue nukleare Aufrüstung voranzutreiben. Gleichzeitig müssen wir diplomatische Wege offenhalten und langfristig auf Abrüstung und Stabilität in Europa hinarbeiten.